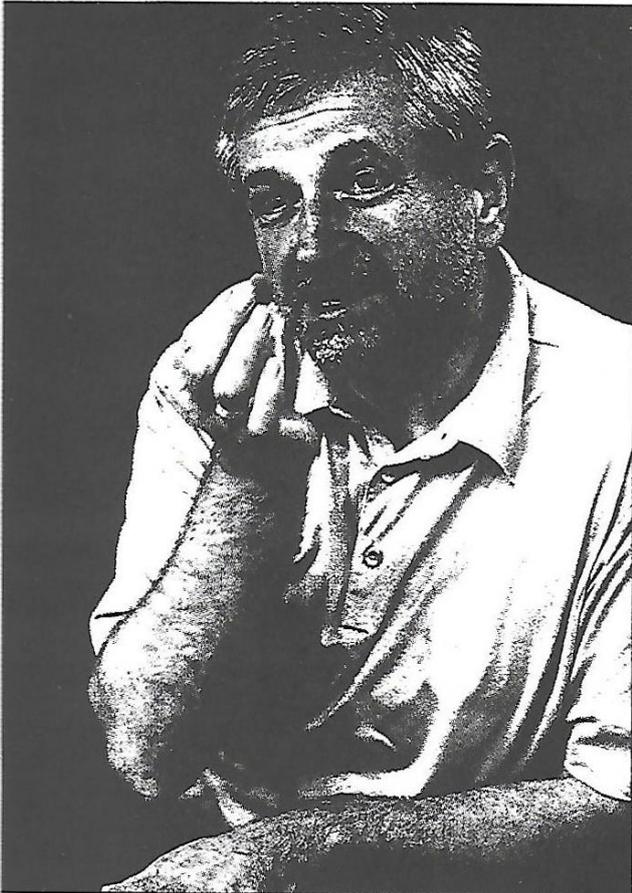


„Wehleidige“ Pensionisten



ÖVP-Klubobmann Wilhelm Molterer erteilt den koalitionsinternen Begehrlichkeiten eine Abfuhr.

Foto: Newald

Für den Sozialforscher Bernd Marin ist die aktuelle Pensionsdebatte „Sozialkitsch“. ÖVP-Klubobmann Wilhelm Molterer will am Regierungsentwurf festhalten und erinnert die FPÖ an ihre Mitverantwortung.

Wien - „Sozialkitsch“ und „peinlichen Prolokult“ nannte der Sozialforscher Bernd Marin am Donnerstag die Debatte über die Pensionsharmonisierung und die Schwerarbeiterregelung. Marins Meinung nach sollten maximal 150.000 bis 200.000 Personen in Österreich gerechtfertigterweise aufgrund erschwerter Arbeitsbedingungen ohne Abschläge in Frühpension gehen können. „Alles andere ist nicht finanzierbar.“ Ungut stößt Marin die jetzt aufkommende „Wehleidigkeit und Opferkonkurrenz“ auf: „Alle möglichen Berufsgruppen tun jetzt so, als wären sie Bauarbeiter oder Stahlkocher.“

Innerhalb der ÖVP fordern etwa die Beamten Ausnahmen, und ÖAAB-Chef Fritz Neugebauer tritt dafür, nach 45 Berufsjahren ohne Abschläge in Pension gehen zu können. In der FPÖ droht Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider wahlweise mit dem Bruch der Koalition oder

einer Parteineugründung, sollte sich die FPÖ in der Frage der Schwerarbeiter nicht durchsetzen. Haider fordert, dass Schwerarbeiter ohne Abschläge früher in Pension gehen können. Derzeit sind im Regierungsentwurf Abschläge von drei Prozent pro Jahr vorgesehen, für alle anderen 4,2 Prozent. Als Regelpensionsalter gilt 65, bis dahin müssen 45 Beitragsjahre erreicht sein.

ÖVP-Klubchef Wilhelm Molterer wies am Donnerstag die koalitionsinternen Begehrlichkeiten zurück: „Wer jetzt meint, Goodies verteilen zu können, ist Provokateur der nächsten Pensionsreform.“ Dem Wunsch des ÖAAB, nach 45 Versicherungsjahren automatisch in Pension gehen zu können, erteilt Molterer eine Absage, das wäre „die Wiedereinführung der Frühpension über die Hintertür“.

Molterer erinnert den Koalitionspartner daran, dass es sich bei der Harmonisierungspunktion um ein gemeinsames Papier der Regierung handelt. Immerhin hätten für die FPÖ Parteichefin Ursula Haubner und Sozialminister Herbert Haupt verhandelt.

An ein Scheitern des Projekts glaubt Molterer trotz der Widerstände in der Koalition nicht: „Gehen Sie davon aus, dass es einen Beschluss gibt, mit den Stimmen der Regierungsparteien jedenfalls.“ In Kraft treten werde die Harmonisierung mit 1. 1. 2005: „Das ist unverrückbar.“ (szem, völ)